

## **NIEDERSCHRIFT Nr.: 3/L**

über die öffentliche Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit

**am Mittwoch, 30.10.2019, um 16:00 Uhr**

3. Sitzung in der 20. Legislaturperiode

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr

Sitzungsende: 16:50 Uhr

---

Anwesend:

Vertreterin des Senats

Frau Senatorin Vogt

Deputation für Wirtschaft und Arbeit

Frau Janina Brünjes

Herr Martin Michalik für Herrn Carsten Meyer-Heder

Frau Dr. Henrike Müller

Herr Maurice Müller

Herr Thorsten Raschen

Herr Harald Rühl

Herr Dr. Volker Redder für Frau Lencke Steiner

Herr Dr. Carsten Sieling

Herr Volker Stahmann

Herr Ingo Tebje

Herr Christoph Weiss (Vorsitzender)

Von der Verwaltung

Frau Staatsrätin Ahlers

Herr Brunßen

Frau Frese

Herr Dr. Kühling

Frau Dr. Lübben

Herr Meyer

Herr Müller

Herr Sengstake

Herr Slopinski

Frau Stellmacher

Herr Stührenberg

Frau Wessel-Niepel

Gäste

Herr Stapp (BAB)

**Abg. Weiss** eröffnet die öffentliche Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit.

**Abg. Stahmann** bittet um Aussetzung von TOP 10. Die City- und Stadtteilinitiativen sollten nicht in Frage gestellt werden, vielmehr gehe es um die Ausdehnung auch auf andere Stadtteile; insofern bitte er um die Verschiebung um eine Sitzung.

**Herr Brunßen** weist darauf hin, dass die heute Morgen nachgeschickte Austauschvorlage zu TOP 6 nun die korrekte Anlage enthalte und die ursprünglich versandte Fassung daher ersetze. **Abg. Weiss** bemerkt, dass bei ihm der Versand heute Morgen um 140 Seiten angewachsen sei und daher ein zeitigerer Versand wünschenswert sei. **Herr Brunßen** erwidert, der heute Morgen erfolgte Versand könne für dieses Wachstum kaum ursächlich sein; das müsse im Verbund mit der Bürgerschaft aufgeklärt werden. **Senatorin Vogt** bestätigt diese Aussage.

Gegen die Tagesordnung werden ansonsten keine Einwendungen erhoben.

**TOP 1 Genehmigung der Niederschrift Nr. 1/L über die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit - öffentlicher Teil - vom 11.09.2019**

**Beschluss:**

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

**An die Deputation als Sondervermögensausschuss**

**TOP 2 Sonstiges Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt/Land);  
Jahresabschlüsse für das Wirtschaftsjahr 2018**

Vorlage Nr. 20/010-L/S

**Beschluss:**

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit stellt in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss des Sonstigen Sondervermögens Gewerbeflächen (Land) den Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2018 fest.
2. Die Deputation für Wirtschaft und Arbeit erteilt in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss des Sonstigen Sondervermögens Gewerbeflächen (Land) der Geschäftsführung für das Wirtschaftsjahr 2018 Entlastung.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit bittet in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa, den Jahresabschluss 2018 im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen zu veröffentlichen. Die Beschlussfassung erfolgt bei Enthaltung des Vertreters der Gruppe Magnitz Runge Felgenträger.

**TOP 3 Sonstige Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt/Land);  
Zwischenbericht zum 30.06.2019**

Vorlage Nr. 20/011-L/S

**Dep. Dr. Redder** bemerkt anerkennend, dass die frühzeitige Entwicklung von Gewerbegebieten auch entsprechende Einnahmen über Grundstücksverkäufe nach sich zöge.

**Beschluss:**

Die staatliche Deputationen für Wirtschaft und Arbeit in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss des Sonstigen Sondervermögens Gewerbeflächen (Land) nimmt die Zwischenberichte zum 30.06.2019 zur Kenntnis.

**An die Deputation**

**TOP 4 Produktgruppencontrolling**

**hier: Controllingbericht Januar bis Juni 2019**

Vorlage Nr. 20/012-L/S

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt die Informationen zum Produktgruppencontrolling für den Zeitraum Januar bis Juni 2019 zur Kenntnis.

**TOP 5 Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses zum Jahresbericht des Rechnungshofes 2018**

**Zuwendungsverfahren im Wirtschaftsressort (RH Land 2018 Tz. 306 bis 335)**

Vorlage Nr. 20/013-L

**Beschluss:**

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt den Bericht zur Kenntnis.
2. Sie bittet die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa den Bericht an den Rechnungsprüfungsausschuss weiterzuleiten.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

**TOP 6 Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice  
- Halbjahresbericht 2019 -**

Vorlage Nr. 20/014-L/S

**Abg. Raschen** bittet um entsprechende Informationen für die Bremerhavener Projekte.

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt den Halbjahresbericht 2019 zur Kenntnis.

**TOP 7 Bremens agiles Gründungs-Ökosystem - STARThaus-Konzept - Nachhaltige Landesinitiative mit Teilfinanzierung aus dem EFRE-Programm 2014-2020**

Vorlage Nr. 20/007-L

**Dep. Dr. Redder** und **Dep. Rühl** verlassen die Sitzung gemäß dem Ausführungsgesetz zu Artikel 145 Absatz 1 der Landesverfassung.

**Beschluss:**

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt den Bericht des Starthauses zur Umsetzung der Starthaus-Initiative in Bremen und Bremerhaven für 2019 zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit beschließt die Fortsetzung und Weiterentwicklung der Starthaus-Initiative in Bremen und Bremerhaven in 2020 und 2021.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt der geplanten Fortführung der Starthaus-Initiative in Bremen und Bremerhaven und die Erweiterung der Existenzgründungsberatung über die Etablierung weiterer Bausteine im Basisangebot und die Schaffung eines Bausteins Starthaus-Frauenberatung zu.
4. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt der Mittelbereitstellung aus dem EFRE-Programm (2014-2020) mit einem Mittelrahmen in Höhe von jährlich 2.500.000 € für die Jahre 2020 und 2021 zu.  
Die Bereitstellung der Mittel steht unter dem Vorbehalt der EFRE-Förderfähigkeit der einzelnen Angebote.
5. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt vorbehaltlich der Prüfung der EFRE-Förderfähigkeit der Maßnahmen der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung (VE) in Höhe von 5.000.000 € zugunsten der Haushaltsstelle 0704/682 20-4 „START Haus Initiative BAB“ mit Abdeckung in den Jahren 2020 und 2021 in Höhe von jeweils 2.500.000 € zu. Die Abdeckung der VE erfolgt in Höhe von jeweils 2.500.000 € in den Jahren 2020 und 2021 aus der Haushaltsstelle 0709/686 56-9 „EU-Programm EFRE 2014-2020 –konsumtiv-. Die VE wird i.H.v 3.870.200 € aus der veranschlagten VE bei der Haushaltsstelle 0709 686 56-9 "EU-Programm EFRE 2014-2020 konsumtiv" und i.H.v. 1.129.800 € aus der veranschlagten VE bei der Haushaltsstelle 0709/893 56-4 "EU-Programme EFRE 2014-2020 -investiv" eingespart
6. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt der Fortführung der Mittelstandsförderung mit einem Mittelvolumen in Höhe von jeweils 178.500 € in 2020 und 2021 zu.
7. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung i.H.v. 357.000 € zugunsten der

Haushaltsstelle 0704/685 10-6" Mittelstands-und Existenzgründungsoffensiven " mit Abdeckung i.H.v. jeweils 178.500 € in 2020 und 2021 zu. Die Abdeckung der VE erfolgt aus Mitteln der genannten Haushaltsstelle Die VE wird i.H.v 357.000€ aus der veranschlagten VE bei der Haushaltsstelle 0709/893 56-4 "EU-Programme EFRE 2014-2020 -investiv" eingespart.

8. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit bittet die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa, eine Befassung des Haushalts-und Finanzausschusses über den Senator für Finanzen einzuleiten.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

**Dep. Dr. Redder** und **Dep. Rühl** nehmen wieder an der Sitzung teil.

## **TOP 8 Umsetzung der Tourismusstrategie Land Bremen 2025**

**Hier: Förderung des Fahrradtourismus - BIKE IT! und Servicequalität im Tourismus Bericht zu den Maßnahmen 2018/19 und Fortführung 2020/21**

Vorlage Nr. 20/015-L/S

**Dep. Dr. Redder** befürchtet ein Missverhältnis zwischen Investitionen in die App und dem erzielten Nutzen. Nach seiner Rechnung würde jeder App-Nutzer offenbar mit 3000 € pro Jahr „subventioniert“. Irritierend sei auch die Aussage, dass über die Auswertung der App keine konkreten Nutzerzahlen erhoben werden könnten.

**Herr Dr. Kühling** verweist auf Seite 2 der Anlage, wonach die App im Schnitt von 6600 Besuchern p.a. heruntergeladen werde. Innerhalb der Gesamtstrategie sei die App aber nur ein Baustein.

**Dep. Dr. Redder** bemerkt, dass der Maßnahmenplan 2020/21 keine Angaben zur App enthalte, sodass sich im Gegenzug die Frage stelle, wieso dort dann Dinge wie ein Radkartenflyer oder die jazzahead auftauchen – so wirke dies wie eine Subvention von Kulturveranstaltungen.

**Herr Dr. Kühling** erläutert, so handele es sich um ein Missverständnis. Über die genannten Kooperationen würde der touristische Fahrradstandort Bremen beworben. Es handele sich um bedeutsame Events die genutzt würden, um eine Verknüpfung zu einem touristischen Thema, Bremen als Fahrradstadt, herzustellen.

**Abg. Frau Hornhues** fragt, wie groß der Fahrradtourismus in Bremen überhaupt sei.

**Herr Dr. Kühling** erläutert, genaue Zahlen lassen sich dazu nur schwer ermitteln. Aus den Rückmeldungen über DEHOGA und Verkehrsverein lasse sich aber eine starke Zunahme dieses Segments ablesen. Er weist ergänzend darauf hin, dass die Maßnahmen nicht nur auf den klassischen Fahrradtouristen ausgerichtet seien, sondern auch die bremische Be-

völkerung und die fahrradtouristische Erschließung der Umlandgemeinden ansprechen. Insgesamt sei das Projekt sehr erfolgreich.

**Dep. Dr. Redder** verweist auf die aus einer Gästebefragung ermittelten 17,1% Anteil Fahrradtouren an Unternehmungen bei Tages- und Übernachtungsgästen; daraus müsste sich eine konkrete Zahl errechnen lassen.

Die bundesweite Zahl von 6600 Nutzern der App lassen auf lediglich 60 bremische Nutzer schließen.

**Senatorin Vogt** erklärt in Richtung der Abg. Hornhues, dass Bremern mehr Durchreiseland als eine speziell eigene Fahrradtourismusregion wie etwa der Bodensee sei. Sicherlich sei langfristig eine Stärkung dieser Bereiche auch ein Ziel; zunächst gelte es aber, Bremen und das Umland zu stärken, gut aufzustellen und zu verzahnen. Gleichwohl stimme sie zu, dass die angesprochene Nutzeranalyse interessante Daten liefern könnte.

**Dep. Dr. Redder** wird auf Nachfrage bestätigt, dass die Deputation nicht genehmige, sondern nur zur Kenntnis nehme.

#### **Beschluss:**

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt den Bericht über die Umsetzung der Maßnahmen 2018/2019 zur Kenntnis und stimmt der weiteren Förderung der Projekte BIKE IT! und ServiceQualität im Tourismus 2020 und 2021 zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt zur Kenntnis, dass für die Fortführung der Projekte BIKE IT! und ServiceQualität im Tourismus im Jahr 2020 Mittel i.H.v.215.200 Euro und im Jahr 2021 Mittel in Höhe von 176.200 Euro erforderlich sind.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit bittet die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa über den Senator für Finanzen beim Haushalts- und Finanzausschuss den erforderlichen Beschluss herbeizuführen.

Die Beschlussfassung erfolgt bei Enthaltung des Vertreters der Gruppe Runge Magnitz Felgenträger.

### **TOP 9 Freizeit- und Naherholungskonzept (FUNK) Bremen Nord Rückschau 2018/19 und Fortführung 2020/2021(inkl. Evaluierung)**

Vorlage Nr. 20/016-L/S

**Abg. Weiss** verweist auf die auf Seite 6 der Vorlage genannte Evaluierung und fragt, wer diese durchführen solle bzw. wer die dafür vorgesehenen 20.000 € bekommen solle.

**Herr Dr. Kühling** erklärt, es handele sich um eine Maßnahme der Projektleitung.

**Abg. Weiss** fragt nach, warum die Evaluierungskosten dann nicht auch denen für die

Projektleitung zugeschlagen würden. Grundsätzlich habe er kein Problem mit der Evaluierung, aber der Durchführende und Adressat der Mittel sollte klar erkennbar sein. Sollte das heute nicht aufklärbar sein, so böte sich vielleicht eine Aussetzung der Vorlage an.

**Senatorin Vogt** weist darauf hin, dass mit der Vorlage Projektstellen abgesichert werden sollen, für die eine entsprechende Verpflichtungsermächtigung auch noch den haushalts- und Finanzausschuss erreichen müsse.

**Herr Dr. Kühling** sagt zu, die Maßnahmen zu überprüfen und zur deren Finanzierung und dem Mittelempfänger in der nächsten Sitzung zu berichten (siehe Anlage 3).

### **Beschluss:**

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt den Bericht über die Umsetzung der Maßnahmen 2018/2019 zur Kenntnis und stimmt den Maßnahmen zur weiteren Umsetzung des Konzeptes Freizeit- und Naherholung in Bremen Nord 2020/2021 zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt zur Kenntnis, dass für die Fortführung des Freizeit- und Naherholungskonzepts Bremen Nord in den Jahren 2020 und 2021 insgesamt Mittel in Höhe von 186.000 Euro erforderlich sind.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt zur Kenntnis, dass für die Evaluierung und Anpassung des Freizeit- und Naherholungskonzepts Bremen Nord in 2020 Mittel in Höhe von 20.000 Euro erforderlich sind.
4. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit bittet die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa über den Senator für Finanzen beim Haushalts- und Finanzausschuss den erforderlichen Beschluss herbeizuführen.

Die Beschlussfassung erfolgt bei Enthaltung der Vertreterinnen der Fraktionen von CDU, FDP sowie des Vertreters der Gruppe Magnitz Runge Felgenträger.

## **TOP 10 City- und Stadtteilmarketing und -management in Bremen Finanzierung 2020 bis 2023 (teilweise EFRE 2014-2020)**

Vorlage Nr. 20/017-L/S

Die Vorlage wird ausgesetzt.

## **TOP 11 Umsetzung der Erhöhung des Landesmindestlohnes zum 01.07.2019 hier: Erhöhung des institutionellen Zuschusses 2019 für Glocke, M3B und UMG sowie Erhöhung der Projektförderung 2019 für die Innenstadt- und Stadtteilinitiativen**

Vorlage Nr. 20/018-L/S

**Dep. Dr. Redder** fragt, ob die Planungen für eine Budgeterhöhung der genannten Gesellschaften bereits weiter in die Jahre 2020 und 2021 bedacht worden seien. **Herr Dr.**

**Kühling** antwortet, dass mit dieser Vorlage zunächst die akute Budgetproblematik für 2019 gelöst werden; für die Jahre 2020 und 2021 würden entsprechende Ansätze in der parallel laufenden Haushaltsaufstellung berücksichtigt.

**Abg. Raschen** bittet zu erläutern, inwiefern die stadtbremischen City- und Stadtteilinitiativen aus dem Landeshaushalt finanziert würden; in Bremerhaven seien dies kommunale Aufgaben. **Herr Dr. Kühling** erklärt, die in der Vorlage genannte Haushaltsstelle betreffe Veranstaltungen mit überregionaler Ausstrahlung, die u.a. aus dem EFRE-Programm finanziert würden; diese würden sowohl für Bremen wie für Bremerhaven als Landesaufgabe behandelt.

**Beschluss:**

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt den oben dargestellten Finanzierungen von Mehrbedarfen im Zusammenhang mit den Mindestloohnerhöhungen zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit bittet die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa, die haushaltsrechtliche Absicherung der Mittelbereitstellung durch Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses einzuholen.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimme des Vertreters der Fraktion der FDP sowie bei Enthaltung der VertreterInnen der Fraktion der CDU sowie des Vertreters der Gruppe Magnitz Runge Felgenträger.

**TOP 12 Tätigkeitsbericht der Sonderkommission Mindestlohn - Berichtszeitraum 03/2017 bis 02/2019**

Vorlage Nr. 20/019-L

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt den Tätigkeitsbericht 2019 zur Kenntnis.

**TOP 13 Neufassung der Richtlinie über die Vornahme von Mindest- und Tariflohnkontrollen im Sinne des § 16 Absätze 1 und 4 des Tariftreue- und Vergabegesetzes - Mindestlohnkontrollrichtlinie**

Vorlage Nr. 20/020-L

**Abg. Weiss** problematisiert den scheinbaren Textbaustein im Abschnitt „Negative Mittelstands betroffenheit“ in dieser und den anderen Vorlagen.

**Herr Brunßen** verweist dazu auf das Mittelstandsförderungsgesetz, das eine Prüfung aller



Vorhaben der Exekutive hinsichtlich negativer Auswirkungen auf den Mittelstand verlange. Das Wirtschaftsressort weise das Ergebnis als Abgrenzung zu negativen Auswirkungen gesondert aus – erst wenn in einem ersten Prüfschritt eine negative Mittelstandsbeeinträchtigung bejaht werde, setzten weitere Prüfschritte ein, die ggf. gesonderte weitere Begründungen nach sich zögen.

**Dep. Dr. Redder** vermutet ebenfalls einen Textbaustein und erinnert an bekannte Probleme bei Eigenbetrieben, die eigentlich auch parallel im Mittelstand auftauchen müssten.

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt die Neufassung der Mindestlohnkontrollrichtlinie zur Kenntnis.

**TOP 14 Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm 2020**

Vorlage Nr. 20/021-L

**Abg. Weiss** verweist auf die Anlage der WU-Übersicht und hinterfragt, warum es keine Wirtschaftlichkeitsbegründung gebe.

**Frau Jansen** antwortet, dass bei den vielen unterschiedlichen Programmen und Maßnahmen wie etwa der Minderleistungsausgleich bei öffentlich geförderter Beschäftigung oder der Qualifizierung von jetzt Arbeitskräften zu künftigen Arbeitskräften die Erfolge nicht direkt messbar und den jeweiligen Interventionen zuordenbar seien. Das habe unterschiedliche Gründe. Direkte Effekte könne man i. d. R. nicht nur einer Maßnahme zuordnen und so könnten beispielweise Veränderungen im privaten Umfeld während einer Maßnahme auch dazu führen, dass eine Vermittlung gelinge. Außerdem bestehe die Möglichkeit, dass es Personen gibt, die trotz einer abgeschlossenen Qualifizierung aufgrund eines wirtschaftlichen Abschwungs keine Arbeit finden. Durch die vielfältigen komplexen Gründe für Wirkungen und der im BAP unterschiedlichen Interventionen könne demnach auch keine Wirtschaftlichkeitsprüfung für das BAP insgesamt stattfinden. Sehr wohl aber werde jedes einzelne Projekt nicht nur auf seinen Output hin mehrmals jährlich, auch vor Ort, überprüft.

**Abg. Weiss** fragt, warum diesbezüglich keine Erfolgsmessung stattfinde.

**Abg. Frau Dr. Müller** entgegnet, dass die Unterschiedlichkeit der Projekte keine einheitlichen Messfaktoren herbeigebe und sich eine einheitliche Erfolgsmessung daher schwierig gestalte. Es gebe aber im Rahmen des ESF-Programms detaillierte Kriterien, die bei den Projektträgern geprüft würden.

**Staatsrätin Ahlers** weist darauf hin, dass es sich zudem um ein obligatorisches Formblatt handele und demnach auch der Unterpunkt der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung in der Vorlage auftauche. In erster Linie gehe es bei Arbeitsförderungsmaßnahmen nicht um die Er-

höhung der Wirtschaftlichkeit. Mit der die Erteilung der Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 3,6 Mio € könne die Freigabe eines durch den ESF zur Verfügung gestellten, vorhandenen Budgets in Höhe von 9,2 Mio € erfolgen.

**Abg. Weiss** fragt erneut, warum es nicht dennoch einen konkreten Leistungsnachweis gebe.

**Abg. Frau Dr. Müller** erklärt, dass es Evaluierungen zu den einzelnen Programmen bzw. Projekten gebe, die konkrete Kriterien hinsichtlich der jeweiligen Zielgruppen beinhalten würden. Diese Evaluierungen würden auch für die Träger einen enormen Aufwand bedeuten, der aber im Rahmen des ESF-Programms nachzuweisen sei.

**Senatorin Vogt** erläutert, dass man zwischen den Evaluierungen und einer Wirtschaftlichkeitsprüfung unterscheiden müsse. In der Tat verhalte es sich so, dass die Wirtschaftlichkeitsprüfung als ein Bestandteil des Formblattes anzusehen und somit generell inbegriffen sei. Sie sei allerdings nicht in jedem Fall durchführbar, da es Programme gebe, die sich einer engen Prüfung der Wirtschaftlichkeit entzögen, da auch sozialpolitische Ziele im Vordergrund stünden.

**Abg. Rühl** schließt sich den Äußerungen des **Abg. Weiss** an. Zudem komme es seiner Meinung und seinen Erfahrungen nach speziell im Rahmen der Straffälligenbetreuung zu unnötigen Qualifizierungsmaßnahmen. So würden ausgebildete Personen im Bereich der Logistik nach ihrer Entlassung aus der Straffälligenbetreuung aufgrund der polizeilichen Führungszeugnisse nicht in eine Beschäftigung übergehen können, wodurch die vorherigen Ausbildungen wenig sinnvoll seien.

**Abg. Frau Dr. Müller** entgegnet, dass den straffälligen Personen nach ihrer Betreuung eine gute Perspektive geboten werde und auch ein reibungsloser Übergang möglich sei. In diesem Zusammenhang schlägt sie vor, einzelne Projekte in der Deputation vorzustellen.

**Abg. Rühl** merkt an, dass seine Aussage nicht aus der Luft gegriffen sei und keinen Einzelfall darstelle. Darüber hinaus halte er den Vorschlag der **Abg. Dr. Müller** für eine gute Idee.

**Abg. Weiss** stimmt zu und spricht sich ebenfalls für eine Vorstellung der Projekte in der Deputation aus.

**Senatorin Vogt** merkt an, dass man sich derzeit in einer Förderperiode befinde, die im Jahr 2014 beschlossen wurde. Daher sei es wichtig Beschlüsse zu fassen, um noch die Mittel der aktuellen Förderperiode nutzen zu können. Um die Problematiken und Zusammenhänge der ESF- und EFRE-Mittelnutzung besser nachzuvollziehen, könne auch seitens des Ressorts eine Vorstellung dieser Bereiche möglicherweise hilfreich sein.

**Abg. Weiss** hält den Vorschlag der **Senatorin Vogt** ebenfalls für eine gute Idee.

**Beschluss:**

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt der dargestellten Fortschreibung des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms 2020 mit der Verlängerung von Projekten und der Erweiterung laufender ESF-Programme zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt vorbehaltlich der Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 3,578 Mio. € bei der Haushaltsstelle 0308/686 53-1 „EU-Zuschüsse für ESF 2014-2020 (Programmmittel)“ zu. Die Abdeckung dieser Verpflichtungsermächtigung erfolgt im Rahmen der zukünftigen Anschläge.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit bittet die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa über den Senator für Finanzen beim Haushalts- und Finanzausschuss die erforderlichen Beschlüsse herbeizuführen.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktion der FDP und der Gruppe Runge Magnitz Felgenträger sowie bei Enthaltung der Stimmen der VertreterInnen der Fraktion der CDU.

**TOP 15 Begrüßungsgeld für Auszubildende einführen**

Vorlage Nr. 20/023-L

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt den ersten Bericht zur Umsetzung des Begrüßungsgeldes zur Kenntnis.

**TOP 16 IAB-Betriebspanel - Auswertung der Befragung in 2018 für das Land Bremen**

Vorlage Nr. 20/033-L

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt die Auswertung der IAB-Betriebspanelbefragung 2018 für das Land Bremen zur Kenntnis.

**TOP 17 Sitzungstermine der Deputationen für Wirtschaft und Arbeit für das Jahr 2020**

Vorlage Nr. 20/031-L/S

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt der vorgeschlagenen Terminplanung für das Jahr 2020 zu.

Sitzungstermine für das Jahr 2020:

Mittwoch 12. Februar 2020

Mittwoch 04. März 2020

Mittwoch 29. April 2020

Mittwoch 27. Mai 2020

Mittwoch 24. Juni 2020

Mittwoch 02. September 2020

Mittwoch 23. September 2020

Mittwoch 04. November 2020

Mittwoch 02. Dezember 2020

Die Sitzungen sollen jeweils um 16:00 Uhr (Sitzung -Land-) beginnen, die Sitzung -Stadt- soll im Anschluss an die Sitzung -Land- beginnen.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

## TOP 18 Verschiedenes

- a) **Senatorin Vogt** berichtet aus der Auftaktveranstaltung des Plenums zu den Bremer Vereinbarungen. Ihres Erachtens habe es sich um eine sehr konstruktive Sitzung gehandelt. Das Plenum habe dem Ressort einen konkreten Auftrag zur rechtlichen und operativen Prüfung von Landesausbildungsfonds und Branchenlösungen erteilt. Außerdem sei eine breit aufgestellte Lenkungsgruppe mit u. a. Vertretern der Kammern, der Sozialpartner, von Bildungs- und Arbeitsressorts und der Arbeitsagentur gebildet worden. Diese bearbeite die Fragen rund ums Matching insbesondere für Jugendliche mit besonderen, problematischen Ausgangslagen. Diese Lenkungsgruppe solle auch zeitnah ihre Arbeit aufnehmen mit dem Ziel, die Lücken zwischen suchenden Jugendlichen und Betrieben zu schließen.
- Das Plenum habe auch einen halbjährlichen Sitzungsrythmus beschlossen. Sie betont den Willen aller Beteiligten, zu konstruktiven Lösungen beizutragen, was aufgrund des großen politischen, gesellschaftlichen und auch ökonomischen Drucks – Stichwort Fachkräftemangel – verständlich sei.
- In weiteren Zusammenkünften würden auch die Autoren der Bertelsmann-Studie dazu geladen, um einen vertieften Blick auf Detailfragen zu werfen.

**Abg. Weiss** fragt, ob die Jugendberufsagentur (JBA) weiter involviert sei und wer in- zwischen für diese zuständig sei.

**Senatorin Vogt** erklärt, die JBA ist ein Zusammenschluss aller mit dem Ziel der Integration von Jugendlichen in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt zusammenarbeitenden Institutionen wie z. B. Jobcenter, Agentur für Arbeit, Bildungsressort, Senatorin für Jugend, Integration und Soziales, dem Magistrat Bremerhaven und unterstehe an den Standorten in der Regel den Jobcentern; es sei vereinbart worden, alle Instrumente zu überprüfen und ggf. auch neue zu entwickeln. Sie betont noch einmal deutlich ihre positive Wahrnehmung

über die allseits konstruktive Beteiligung.

**Abg. Weiss** bezweifelt nicht die gewinnbringende Debattenlage im Plenum, wünscht sich aber für eine der nächsten Sitzungen vertiefende Informationen zur Arbeit der JBA.

- b) **Abg. Wagner** bittet vor dem Hintergrund der ermutigenden Fallzahlen beim Begrüßungsgeld für Auszubildende um eine kurzfristige Information zu den Ganzjahreszahlen, sobald diese vorliegen.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

**Abg. Weiss** schließt die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen – öffentlicher Teil.

---

Weiss  
- Vorsitzender -

---

Für die Protokollführung  
Sengstake

---

Für TOP 10-15  
Stellmacher

EFRE-Programm Land Bremen 2014 - 2020			Stand: 21.11.2019
<b>Übersicht über die verfügbaren und durch Beschlüsse gebundenen EFRE-Mittel aller Ressorts sowie die verausgabten Gesamtmittel</b>			
Prioritätsachse	verfügbar <sup>1)</sup>	beschlossen <sup>2)</sup>	verausgabt <sup>3)</sup>
Achse 1 - Innovation <sup>4)</sup>	48.140.858	49.016.240	18.092.180
Achse 2 - KMU	13.012.593	10.456.750	9.898.259
Achse 3 - CO2	18.543.844	7.387.921	5.192.521
Achse 4 - Stadtentwicklung	13.021.921	12.869.050	11.932.464
Achse 5 - Technische Hilfe	4.120.854	4.120.854	4.870.845
<b>Programm insgesamt</b>	<b>96.840.070</b>	<b>83.850.815</b>	<b>49.986.269</b>
<sup>1)</sup> Hauptzuweisung ohne leistungsgebundene Reserve (6.181.282 Euro = 6 % von 103.021.352 Euro). Entscheidung über Verfügbarkeit und Zuordnung im Programm fällt Ende 2019.			
<sup>2)</sup> In Deputationen, Parlamentsausschüssen oder von der Verwaltung initiierte Projekte (beschlossener EU-/EFRE-Anteil ohne nationale Kofinanzierung).			
<sup>3)</sup> Summe förderfähiger und anerkannter (geprüfter) Ausgaben. Aufgrund eines EU-/EFRE-Anteils von i. d. R. 50 % und damit einer erforderlichen nationalen Kofinanzierung in gleicher Höhe sind die Ausgaben nach vollständiger Umsetzung meist doppelt so hoch wie der EU-/EFRE-Beitrag. Tatsächlich ist der in den Projekten erreichte Ausgabenstand bereits höher. Die Ausgaben sind jedoch mehreren, aufwändigen Prüfschritten zu unterziehen. Um die Einheitlichkeit und Qualität der Angaben zu gewährleisten, werden die Ausgaben nur geprüft und damit zeitversetzt ausgewiesen.			
<sup>4)</sup> Durch die letzten Beschlüsse ist in Achse 1 bereits eine Überbuchung zu verzeichnen. Überbuchungen sind grundsätzlich hilfreich und auch anzustreben, soweit finanziell darstellbar. Es kann im Rahmen der Abrechnungen immer zu Umschichtungen innerhalb der Achse kommen (z. B. bei Minderbedarfen aus anderen Projekten in der Achse). Es könnte ggf. zusätzliche Mittel in der Achse geben, wenn im weiteren Verlauf der Förderperiode die Zuteilung der leistungsgebundenen Reserve erfolgt. Soweit notwendig, wäre auch eine Mittelbereitstellung durch eine spätere Programmänderung mit Umschichtung von Mitteln zugunsten von Achse 1 möglich.			

# Auflistung der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in der 19. Legislaturperiode (Stand 30.10.2019)

Anlage 2

Lfd. Nr.	Auftrag/Berichtswunsch	Datum des Auftrages	Fragesteller	Aktueller Bearbeitungsstand / soll vorgelegt werden am
1.	Jugendberufsagentur	07.09.2016	Abg. Kastendiek	½ jährlich, (zuletzt: 24.04.2019)
2.	Zwischenbericht Enterprise Europe Network EEN Bremen 2015-2020	25.10.2017	Abg. Reinken	
3.	Ausschöpfung der Eingliederungstitel – Instrumentenbezogene Auswertung	07.03.2018	Abg. Rupp	zuletzt 20.02.2019
4.	Sachstand Strukturelle Neuaufstellung Tourismusförderung/-entwicklung	13.06.2018	Abg. Reinken	
5.	Vorstellung Projektträger und -arbeit im Rahmen des BAP (anlässlich d. Beratung von 20/021-L)	30.10.2019	Abg. Frau Dr. Müller/Dep. Rühl/Abg. Weiss	

Ergänzender Hinweis zu

**TOP 9 Freizeit- und Naherholungskonzept (FUNK) Bremen Nord  
Rückschau 2018/19 und Fortführung 2020/2021(inkl. Evaluierung)**

Vorlage Nr. 20/016-L/S

**Zur Nachfrage des Abg. Weiss zu Evaluierungskosten:**

Die Evaluierung wird nicht durch die Projektstelle der WFB selbst durchgeführt, sondern durch diese extern vergeben. Eine Evaluierung ist zusätzlich zu den „normalen“ Aufgaben der Projektstelle personell nicht zu leisten. Daher ist die Summe von 20.000 Euro, die aus Erfahrungswerten ähnlicher Auftragsvergaben abgeleitet wurde, nicht den Projektkosten zugeschlagen, sondern extra ausgewiesen worden.